

## Frühfranzösisch-Order des Bundesrats sorgt für Kritik

Die Kantone sollen zu Französisch auf der Primarstufe gezwungen werden. Die Ostschweiz reagiert enttäuscht.

Julian Spörri,  
Jochen Tempelmann

Französisch soll nicht mehr in der Primar-, sondern erst in der Sekundarschule unterrichtet werden: Mit seinem Entscheid von Anfang September löste das Zürcher Kantonsparlament einen Sprachenstreit aus. Und in der Westschweiz heftigen Protest. Diese Woche entschied auch der Kanton St. Gallen, künftig auf das Frühfranzösisch verzichten zu wollen. Schon im März hatte Appenzell Auser rhoden eine ähnliche Motion angenommen. In weiteren Kantonen sind solche Vorstösse häufig.

Angesichts dieser Abschaffungswelle greift nun der Bundesrat ein: Er zeigt sich in einer Mitteilung von Freitagmorgen beunruhigt über die Entscheide der Deutschschweizer Kantone: «Diese Entwicklung gefährdet die harmonisierte Schulbildung und den nationalen Zusammenhalt.»

Daher will er die Kantone notfalls verpflichten, weiterhin eine zweite Landessprache auf Primarstufe zu unterrichten. An seiner Sitzung hat der Bundesrat das Innendepartement beauftragt, eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage mit zwei Varianten auszuarbeiten.

### Zwei Varianten: Eine strikte, eine mit Spielraum

1. Die aktuell geltende Sprachenstrategie, die die Kantone 2004 mit dem Ziel der Harmonisierung verabschiedet haben, soll im Sprachengesetz verankert werden. Sie sieht vor, dass zwei Fremdsprachen ab der Primarschule gelernt werden müssen: eine Landessprache sowie Englisch.

2. Auf Bundesebene soll nur eine Minimalvorgabe festgeschrieben werden: Die Schulen im



Frühfranzösisch ist wichtig für den nationalen Zusammenhalt, findet der Bundesrat. Bild: Corinne Glanzmann

Land müssen zwingend eine zweite Landessprache ab der Primarschule und bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit unterrichten. In der Deutschschweiz wäre das Frühfranzösisch entsprechend weiterhin Standard. Die Kantone hätten bei dieser Variante aber die Möglichkeit, mit dem Englisch erst auf der Sekundarstufe zu starten.

Die zweite Variante wäre ganz im Sinne des Vorschlags des Nidwaldner Bildungsdirektors Res Schmid: Der SVP-Regierungsrat reichte einen Antrag zuhänden der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren

(EDK) ein, wonach die zweite Landessprache schweizweit ab der 5. Klasse unterrichtet und Englisch auf die Oberstufe verbannt werden soll.

Der Bundesrat betont: Eine Änderung des Sprachengesetzes erübrige sich, wenn die Kantone bei der 2004 vereinbarten Sprachenstrategie bleiben oder es ihnen gelinge, «die Strategie anzupassen, ohne die Landessprachen zu schwächen».

Marc Bourgeois stört sich daran, dass der Bund eine Freiwilligkeit vorgaukle. «Fakt ist doch: Der Bund lässt den Kantonen keine Wahl. Wenn sie nicht spüren, werden sie zum Früh-

französisch gezwungen», sagt der FDP-Bildungspolitiker aus dem Kanton Zürich. Er war massgeblich daran beteiligt, dass sich die Freisinnigen im bevölkerungsreichsten Kanton gegen das Frühfranzösisch aussprachen. Bourgeois bezeichnet das Vorgehen des Bundesrates als «übergriffigen» Eingriff in die Kompetenz der Kantone.

### Die Enttäuschung bei den St. Galler Motionären

Auch aus St. Gallen ertönt Kritik. «Ich hätte mir gewünscht, dass sich der Bund vorerst einmal etwas in Zurückhaltung übt», sagt SVP-Kantonsrat Sandro Wasser-

fallen, der die St. Galler Motion mitinitiiert hat. Der Bundesrat hätte eine regionsübergreifende Diskussion in der Erziehungsdirektorenkonferenz abwarten können. Diese steht Ende Oktober in Luzern an.

FDP-Kantonsrat Raphael Frei, ebenfalls Mitinitiant der Motion, betont, dass der Kantonsrat viele Wege aufgezeigt habe, wie das Französisch gestärkt werden könnte – wie den Ausbau von Austauschprogrammen. «Es geht ja nicht darum, das Französisch zu verbannen – sondern es an den Ort zu bringen, wo die Schülerinnen und Schüler den besten Lernzuwachs erzielen.» Das sei dem Landeszusammenhalt sogar noch zuträglicher. Frei sagt: «Anstelle dieser Reaktion hätte der Bundesrat Vorschläge machen können, wie der Austausch noch besser gelingen könnte.»

Über die vom Bundesrat angeregte Gesetzesänderung wird am Ende das Parlament entscheiden. Die befragten Kantonsräte von Zürich und St. Gallen zeigen sich optimistisch, dass National- und Ständerat im Sinne der Deutschschweizer Kantone entscheiden werden.

In St. Gallen wurde die Motion von der Kantonsregierung mitgetragen. Bildungsdirektorin Bettina Surber (SP) sagt: «Das Machtwort des Bundesrats hat sich aufgrund der Äusserungen nach dem Entscheid in Zürich abgezeichnet.» Sie hätte es begrüsst, wenn der Bundesrat die anstehenden Diskussionen in der EDK abgewartet hätte. «Wir wollten die Diskussion als Chance sehen und haben uns bereits Gedanken über Vorschläge gemacht.» Der Kanton werde sich nun dafür einsetzen, die Diskussion in der EDK unbesehen der Ankündigung des Bundes weiterzuführen.

### Bundesplatz



Barbara Schaffner (GLP, Nationalrätin). Bild: Severin Bigler

Dreimal Ja, und dazu viel Knoblauch: Das ist das Abstimmungsrezept von GLP-Nationalrätin und Hobbyköchin **Barbara Schaffner**. In einem Video serviert die Zürcherin ihre Abstimmungsempfehlungen zu E-ID, Eigentumsbesteuerung und Klimaziel des Kantons Zürichs, während sie Ratatouille kocht. Sanft geschmort wird sogar die komplizierte Eigenmietwertvorlage zur leichten Kost. Doch ob die auch schmeckt?

**Ueli Maurer** dürfte sich in seinen Warnungen vor Dichtestress und Überfremdung bestätigt fühlen. In einem vollen Zug zwischen Zürich und Bern fand auch der Ex-SVP-Bundesrat keinen freien Sitzplatz mehr. Als er im Speisewagen auf der Suche nach einer Sitzgelegenheit die dem Personal vorbehaltene Treppe nach unten nehmen wollte, wurde er auf Englisch angeschnauzt. Vielleicht wünschte sich Maurer sehnlichst zurück nach China. In Peking wär ihm das nicht passiert!

### Rösti hat eine neue Bakom-Direktorin



Gianna Luzio. Bild: key

«Gianna Luzio ist eine erfahrene Persönlichkeit aus Politik und Verwaltung», meinte Bundesrat Albert Rösti (SVP). Die Landesregierung hat Gianna Luzio am Freitag zur Direktorin des Bundesamts für Kommunikation (Bakom) ernannt. Die 45-jährige Generalsekretärin der Mitte übernimmt die neue Funktion am 1. April 2026.

Der Medienminister betonte, dass Luzio in der Evaluation der Kandidaten am besten abgeschnitten habe. Luzio sei Führungserfahren, verfüge über ein breites Netzwerk und habe eine Nähe zu den Themen der Digitalisierung. Für ein Medienunternehmen hat die Bündnerin allerdings nie gearbeitet.

Luzio sagte, dass ihr in der Führung des Bundesamtes mit rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gegenseitige Respekt und eine offene Kommunikation wichtig seien. Auf dem Generalsekretariat der Mitte war die Fluktuation in den vergangenen Jahren hoch. Angestellte beklagten sich über den Führungsstil Luzios. Ihr Vorgesetzter, Parteipräsident Gerhard Pfister, nahm sie aber stets in Schutz. (be.)

## Tierschützer protestieren gegen Luchs-Abschuss

Eine Spaziergängerin begegnete im Kanton Neuenburg einer Raubkatze. Am Schluss intervenierte der Wildhüter.

Kari Kälin

Der Luchs ist ein scheues Tier, Menschen bekommen ihn kaum je zu Gesicht. Doch am Dienstagabend, dem 9. September, ist alles anders. Eine Frau macht mit ihrem Hund in Colombier NE einen Spaziergang im Wald und begegnet etwa um 20 Uhr einem Luchs. Die Raubkatze faucht, lässt sich nicht vertreiben, auch nicht von zwei Joggern, die ihren Weg kreuzen. Die Polizei eilt zu Hilfe. In einem Video, das einer der Jogger aufgenommen hat, hört man einen Ordnungshüter sagen: «Der Luchs sieht aus wie eine grosse Katze.» Auch die Frau filmt die Szenen. Ein Wildhüter des Kantons entscheidet sich, den Luchs abzuschiessen. Diese Tierart ist

geschützt, darf aber unter bestimmten Voraussetzungen erlegt werden. In der Schweiz ist der Luchs seit 1971 wieder heimisch. Derzeit streifen etwa 350 Exemplare durch die Wälder.

Das Westschweizer Radio und Fernsehen berichtet drei Tage später über den Vorfall. Der Luchs namens «Diego» habe der Frau mit der Pfote einen Schlag versetzt, heisst es im Beitrag. Christophe Noël, Chef der Neuenburger Wildhut, sagte: «Der Luchs war bedrohlich für die Person. Das ist eines der Probleme, die eine schnelle Intervention gerechtfertigt haben.» Kein Verständnis für diese Haltung hat der Verein «avenir loup lynx Jura», der sich für den Schutz der Grossraubtiere einsetzt. In einer Medienmittei-

lung empörte er sich über diese «radikale Lösung».

Diego war ein Waisenkind. Im letzten Herbst fand er im Wildpark La Garenne VD eine Heimat. Er wurde aufgepäpelt und im vergangenen Mai in die Freiheit entlassen.

«Avenir loup lynx Jura» hat gegen den Neuenburger Wildhüter eine Strafanzeige eingereicht, wie Vizepräsidentin Susanne Clauss auf Anfrage sagt. In ihren Augen hat der Wildhüter den Abschussentscheid ohne Not gefällt – und ohne vorher den Wildpark La Garenne zu kontaktieren und eine mögliche Wiederaufnahme zu besprechen. «Von Diego ging für niemanden eine unmittelbare Gefahr aus, das ist deutlich im Video der Spaziergängerin zu

sehen», sagt Clauss. Und: «Man hätte sicher noch einen Tag Zeit gehabt, die Gesamtsituation zu analysieren.» Auch die Spaziergängerin habe keine Angst gehabt. Das habe sie dem Verein mitgeteilt, so Clauss weiter. Diego habe sie mit der Tatze getroffen, als sie sich zwischen den Luchs und den Hund gestellt habe. Die Frau habe sich vielmehr wegen der Gesamtsituation Sorgen gemacht: Allein im Wald mit ihrem Hund, und der Luchs entfernt sich nicht, bleibt etwa 30 Minuten einfach dort.

### Angriff auf Haustier

Der Kanton Neuenburg verteidigte den Abschuss Diegos vehement. Der Wildhüter habe ge-

mäss Bundesrecht die Kompetenz gehabt, diese Massnahme zu treffen, teilte er am Mittwoch mit.

Diego trug einen GPS-Sender auf sich. Laut dem Kanton begab er sich in den vergangenen Wochen oft in Siedlungsnähe und verlor nach und nach die Scheu vor den Menschen. Ein Angriff auf eine Hauskatze ist dokumentiert. Das Tier sei geschwächt gewesen, die Muskulatur unterentwickelt. Nach seiner Entlassung aus dem Zoo habe er Füchse gefressen, aber nie Rehe oder Gämsen gejagt, die übliche Nahrung für einen Luchs. Für die kantonale Wildhut war deshalb klar: Diego fand sich in freier Wildbahn nicht zu recht und stellte für Menschen und Haustiere immer mehr eine Gefahr dar.